

Kurt Beck

Wir richten den Blick nach vorn

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in unserer Zeit

Die Welt ist im Wandel. Deutschland verändert sich. Wir stehen heute in mehrfacher Hinsicht in einer Zeit noch nicht da gewesener Herausforderungen. Gut möglich, dass wir Zeugen einer Epochenwende sind, die mit der Wucht der industriellen Revolution vergleichbar ist. Das zu erkennen und die politischen Schlüsse daraus zu ziehen, ist die Aufgabe unserer Generation. Zunächst einmal fällt auf, wie sich dieser Wandel auf das politische Bewusstsein auswirkt. Die Verunsicherung ist

groß. Viele glauben, dass zum Beispiel angesichts der Arbeitslosigkeit und der wieder auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich, dass zielbewusstes politisches Handeln wenig ausrichten könne oder sogar alles noch schlimmer mache.

Der ungetrübte Blick auf diese Lage ist wichtig. Aber sie ist nicht hoffnungslos, sie ins Positive zu wenden ist möglich! Denn negativen Trends, die nicht zuletzt Arbeitsplätze in Deutschland kosten, stehen Erfolge und beste Aussichten gegenüber.

Es gibt gewaltige Verschiebungen in der Wertschöpfung. Einige der großen DAX-Unternehmen, die allgemein als Herzstück von *Made in Germany* gelten, erwirtschaften längst enorme Anteile ihres Umsatzes außerhalb Deutschlands. BASF, DAIMLER-CHRYSLER oder SIEMENS, nehmen zwischen 60 und 85 Cent jedes verdienten EUROS international ein. Kaum weniger dramatisch haben sich die Mitarbeiterstrukturen verändert. Von 100 SIEMENS-Beschäftigten arbeiten 64 im Ausland. Unternehmen wie DEUTSCHE BANK, DEUTSCHE POST und DEUTSCHE TELEKOM sind nicht mehr so heimisch wie der Name sagt, denn zwischen 30 und 59 Prozent ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich außerhalb des deutschen Arbeitsmarkts und sind nicht mehr Teil der hiesigen Sozialsysteme. Über die Internationalisierung der Eigentümeranteile von Unternehmen ließe sich Ähnliches sagen. Nicht nur Produkte und Dienstleistungen überschreiten die Grenzen, auch Eigentum, Entscheidungsmacht und Arbeit wandert, und da Arbeitnehmer mit Familie und Kindern nur in Ausnahmefällen mitwandern können, kommt die Arbeit bei anderen Menschen in anderen Ländern an. Wenn ein deutscher Finanzdienstleister sein Filialnetz in Indien auf- und in Ostdeutschland abbaut, dann folgt er dem Geld und dem Kundenpotenzial und beschäftigt Menschen, die diesen Kunden nah sind.

Marktkunden/Beratungskunden/ Betreuungskunden

»Zerrißt uns die Globalisierung?«, fragte jüngst Thomas Straubhaar, Leiter des HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-INSTITUTS. Als ausgewiesener Befürworter der freizügigen globalen Wirtschaftsverflechtung traute er sich darauf keine abschließende Antwort zu. Er nannte eine Ursache der Entwicklung, die tatsächlich zentral ist: Wir erleben eine Zeit rapide sinkender

Kosten der Raumüberwindung. Mobilität, Transport, wirtschaftliche Transaktionen jeder Art sind günstiger, schneller und leichter geworden. Von der globalen Frachtlogistik bis zur Datenübertragung haben der technologische Wandel und die darauf ausgerichteten Managementkonzepte die Wertschöpfungsketten weltweit revolutioniert. Der Fortschritt des Wissens und eine Politik der Marktöffnung sind die treibenden Kräfte dieser Entwicklung. Sie verändert die Arbeitswelt. Das Ergebnis sind aber nicht nur Arbeitsplatzverluste. Gerade in Deutschland entsteht neue Beschäftigung in Produktions- und Dienstleistungsbereichen, die für die Zukunft prägend sind. Neuartige industrielle Produktionen, hochwertige technische und finanzielle Dienstleistungen brauchen kaum mehr einfache manuelle Arbeitskraft, sondern beschäftigen vor allem exzellent qualifizierte Fachleute.

Zu den unbestreitbaren Tatsachen gehört, dass Deutschland in diesen Teilen der Wirtschaft zu den Schrittmachern der Globalisierung gehört. Daraus entstehen für uns schon heute große Wohlstandsgewinne, und für die Zukunft bieten sich für Deutschland auf den expandierenden Märkten der Welt große Chancen. Vielfach erweist sich, dass ein erfolgreiches Auslandsgeschäft geradezu Voraussetzung für zukunftsfähige Arbeitsplätze im Inland ist. Hinzu kommen ausländische Direktinvestitionen, die in Deutschland oft mit steigender Produktivität verbunden sind. Nein, die Globalisierung ist kein Unglück, sondern ein Fortschritt, den es so zu gestalten gilt, dass er Gewinn für alle Menschen bringt.

Dieser Wandel geht allerdings bei uns einher mit einem gespaltenen Arbeitsmarkt. Die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT unterscheidet bei den Arbeitssuchenden zwischen »Marktkunden«, die schnell aus eigener Kraft einen neuen Job finden, »Beratungskunden«, denen mit einem passgenauen Training und gezielter Ver-

mittlung geholfen werden kann, und den so genannten »Betreuungskunden«, die große Schwierigkeiten haben, den Anschluss zu finden. Die Menschen sind nach Qualifikation, Alter, Geschlecht oder Familiensituation ganz unterschiedlich auf den Bedarf des ersten Arbeitsmarktes vorbereitet. Wettbewerbsfähige Beschäftigung in Unternehmen, die internationale Märkte beliefern, fordert gut ausgebildete und stark belastbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gering qualifizierte, eingeschränkt erwerbsfähige oder auch familiär stark in Anspruch genommene Menschen können hingegen ins Abseits geraten. Für das, was sie leisten können, besteht in der globalisierten und wissensintensiven Wirtschaft kaum Nachfrage.

Aber es gibt doch viele Bereiche, in denen die Arbeit dem internationalen Wettbewerb nicht unmittelbar ausgesetzt ist, etwa dort, wo Menschen betreut oder gepflegt werden und in weiten Teilen des Handwerks. Auch im Einzelhandel oder in der Gastronomie gibt es sie. Hier aber sind die Arbeitskosten für den Arbeitgeber, die schlechte Absicherung und die geringen Löhne für die Beschäftigten zum Problem geworden. Trotzdem bieten Handwerk und soziale Dienstleistungen neben den hoch innovativen und weltmarktorientierten Himmelsstürmern unserer Wirtschaft große Zukunftspotenziale für zusätzliche Arbeitsplätze. Das menschliche Bedürfnis nach solcher Arbeit nimmt nicht ab, es wächst. Wir müssen Bedingungen schaffen, unter denen aus diesem allgemeinen Bedürfnis auch ein konkreter Bedarf auf dem legalen Arbeitsmarkt wird, so dass auch diese Arbeit anständig entlohnt wird und Sicherheit bieten kann. Um dem Grundsatz »Wer voll arbeitet, soll davon auch leben können!« gerecht zu werden, brauchen wir auch in Deutschland Mindestlöhne, wie in anderen europäischen Staaten.

Wir brauchen mehr reguläre Erwerbsarbeit in Deutschland. Ich will das hier

nur mit einer einzigen Beobachtung begründen. Die Zahl derer, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen bestreiten, ist stark zurückgegangen. Im Jahr 2004 waren es nur noch 39 Prozent der Gesamtbevölkerung. Alle anderen erhielten Unterhalt durch Angehörige, Renten und Pensionen, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe; einige leben freilich von großen Vermögen. Die große Zahl von Arbeitslosen und der wachsende Anteil älterer Menschen setzen den Sozialstaat unter Druck. Die finanziellen Folgen kennen wir alle zur Genüge, vor allem die Armut vieler Familien, die kritische Situation der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und die Überbelastung der öffentlichen Haushalte. Aber auch die sozialen Folgen sind einschneidend: Ausmusterung, das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, führen zu Passivität, Ohnmachtserfahrung, gar zu Aggression. Die Teilhabe an Arbeit, und zwar an würdiger Arbeit, die das Leben sichert, die mit Respekt betrachtet und anerkannt wird, bleibt eine der wichtigsten Grundlagen der aktiven Bürgergesellschaft. Sie ist letzten Endes auch die unverzichtbare Bedingung einer lebendigen Demokratie.

Arbeit ist mehr als nur Erwerb und der daraus bezogene Verdienst viel mehr als nur Geld. Doch nicht zuletzt das Einkommen aus Arbeit bestimmt in einer Marktwirtschaft ihren Wert. Es darf im Vergleich zu Einkünften aus Kapital nicht abgehängt werden. Aber auch wenn die eher bescheidenen Tarifabschlüsse einen Beitrag zum heute wirksam werdenden Aufschwung geleistet haben, ist das Ergebnis nicht akzeptabel. Während in den vergangenen Jahrzehnten die Einkommen aus Arbeit um das Vierfache gewachsen sind, stiegen die Einkommen aus Kapital und Vermögen um das Vierzehnfache. In jüngster Zeit sind die Löhne sogar hinter der Preissteigerung zurückgeblieben. Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Produktivitäts-

zuwachsen und am Wohlstand angemessen zu beteiligen, brauchen wir zusätzlich zur Lohnentwicklung eine breitere Beteiligung an den Kapitalerträgen.

Die Herausforderungen und die Chancen der Globalisierung, des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts, der Umbrüche in der Arbeitswelt und des demografischen Wandels – sie prägen unser neues Grundsatzprogramm. Ich weiß, dass viele Leute heute schon zufrieden sind, wenn ihre soziale Lage sich nicht noch verschlimmert. Das ist mir zu wenig. Wir wollen unser Versprechen erneuern, das Leben der Menschen zu verbessern. Wir müssen dazu auf die Chancen im Wandel setzen und sie nutzen.

Wir müssen die Anstrengungen in allen Bereichen der Arbeitswelt und der ganzen Gesellschaft anerkennen, damit Leistungsbereitschaft nicht blockiert ist, sondern sich entfalten kann und zu voller sozialer Teilhabe führt, zu persönlicher Zufriedenheit, aber auch zum wirtschaftlichen Erfolg für die gesamte Volkswirtschaft.

Wir müssen unsere Anstrengungen für gute Bildung und Ausbildung erhöhen: Von der frühen Förderung im beitragsfreien Kindergarten über gute öffentliche Schulen bis zu Berufsausbildung und Studienabschluss. Auch wo Eltern nicht helfen können, ja gerade dort müssen Förderung und Talententwicklung greifen. Kein Kind und keinen Jugendlichen dürfen wir zurücklassen. Die Herkunft darf nicht über den Lebensweg bestimmen. Wir müssen die Abhängigkeit der Bildungschancen vom Elternhaus durchbrechen. Dafür brauchen wir eine starke Aufwertung aller Berufe, die Bildung vermitteln. Studiengebühren aber brauchen wir nicht.

Wir entwickeln das Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates. Neu erfinden müssen wir den Sozialstaat nicht. Er bleibt der soziale Rechtsstaat, der nicht Almosen verteilt, sondern soziale Rechte garantiert. Er gibt Sicherheit im Wandel. Dabei bleibt es. Aber wir müssen diesen

Sozialstaat ausrichten auf die besonderen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen die ermutigende Wirkung möglichst früher und guter Bildung, wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir wollen, dass Chancen auf Arbeit und Einkommen genutzt werden können, nicht zuletzt in den Bereichen, die nicht in der Weltmarktkonkurrenz stehen.

Partei der nachhaltigen Wertschöpfung

Wir entwickeln eine Wirtschaftspolitik, die an einer langfristigen Wertschöpfung orientiert ist und die Soziale Marktwirtschaft erneuert. Die scharfe Entgegensetzung von Markt und Staat, wie sie in den letzten Jahren propagiert wurde, ist schlichter Unsinn. Als sei die Produktivität immer dort am höchsten, wo es am wenigsten Staat gäbe. Das Gegenteil ist richtig: funktionierender Markt und fairer Wettbewerb brauchen Regeln. Öffentliche Güter und Leistungen, vom sozialen Frieden über die Rechtssicherheit, die bauliche Infrastruktur bis zu Bildung und Wissenschaft, gehen in die Wertschöpfung ein. Für existenzielle Notwendigkeiten wie Klima und Umweltschutz oder den Zusammenhalt einer Gesellschaft sind Märkte blind. Sie brauchen Politik. Sie sind selbst oft ein Ergebnis gesellschaftlicher Entscheidungen. Erst nachdem beispielsweise die realen Kosten des Naturverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes durch staatliche Regeln mit Preisen versehen sind, »sieht« der Markt den Wert der Umwelt. Ob wir die drohenden Monopolbildungen zu Lasten des Verbrauchers, die Skandale um verdorbene Lebensmittel oder die Korruption im Kampf um Aufträge nehmen – Wirtschaft braucht klare Rechtsregeln. Die Verbraucher sind auf rechtlich erzwungene Transparenz und Kontrolle angewiesen. Die Märkte brauchen Politik nicht nur um zu funktionieren. Sie erfahren durch die öffentliche Hand entschei-

dende Impulse. Rund 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Europa resultieren aus öffentlicher Nachfrage. Der Staat kann Innovationsschübe auslösen. Mit gezielten öffentlichen Investitionen in Leitetchnologien wie der Energiegewinnung, der Ressourcenproduktivität oder der Gesundheitswirtschaft erreichen wir nicht nur gesellschaftspolitische Ziele, sondern wir schaffen auch neue Märkte.

Die SPD ist die Partei der nachhaltigen Wertschöpfung und der Sozialen Marktwirtschaft. Für diese Politik ist ein handlungsfähiger Staat notwendig. Damit wird allerdings die Frage nach der globalen Reichweite politischer Steuerung noch nicht beantwortet. Soziale und ökologische Mindestnormen müssen über multilaterale Verträge und durch globale Organisationen gestärkt werden. Die Internationale Arbeitsorganisation der UN, die ILO, und der neu gegründete Weltgewerkschaftsbund sind Institutionen, die, wenn wir sie stärken und mit Leben füllen, auch für internationale Regeln sorgen können. Überfällig sind sie heute etwa für den globalen Kapitalverkehr. Wenn unser Verfassungsgrundsatz, »Eigentum verpflichtet«, auch im 21. Jahrhundert gültig sein soll, muss ein klarer und verbindlicher Rahmen für die Ausübung von Eigentumsrechten beispielsweise durch anonyme Kapitalfonds entstehen. Hochfliegende, kurzfristige Renditeerwartungen sind Gift für eine funktionierende Wirtschaft. Wir brauchen verantwortungsvolle, langfristige Unternehmensstrategien. Kluge Aktionäre und selbst SpekulantInnen wissen das.

Die alte politische Einsicht, dass man Realitäten anerkennen muss, um sie verändern zu können, gilt: Die Probleme der modernen Gesellschaft sind nur mit den Mitteln der modernen Gesellschaft zu lösen. Technikfeindschaft führt uns wirtschaftlich, sozial und ökologisch in die Sackgasse. Wissenschaft und Technologie sind mit Vernunft und Augenmaß zu entwickeln. Ihr Fortschritt zählt zu

unseren größten Hoffnungen auf die Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitswelt des Menschen.

Soziale Reformen können nur gelingen, wenn die SPD die gesellschaftlichen Sorgen, Interessen und Konflikte aufnimmt. So verstandene Bodenhaftung versetzt uns erst in die Lage, vorausschauend zu handeln, gesellschaftlich zu integrieren und Akzeptanz für politische Reformen zu gewinnen. Dafür muss die SPD eine soziale Bewegung sein, die in den Kommunen, den kulturellen Milieus, den Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften verwurzelt ist. Wo immer Menschen füreinander da sind, wo Gemeinsamkeit entsteht, wo im freien und solidarischen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern der Wert und die Kraft der Solidarität aufleuchten, da ist auch der Ort der sozialdemokratischen Partei.

Die Diskussion des neuen Grundsatzprogramms ist in der entscheidenden Phase. Über die Grundrichtung gibt es in unserer Partei eine wachsende gemeinsame Sicht der Dinge. Wir entscheiden uns *für* eine Politik der handelnden Zuversicht, *gegen* Angst und Realitätsverweigerung. Wir entscheiden uns *für* den aufrechten Gang der Demokratie, *gegen* das Modell eines nur noch flexiblen, allseits fügsamen Menschen ohne Eigenschaften. Wir wollen die solidarische Bürgergesellschaft anstelle von Isolation, Bevormundung und Egoismus. Wir wollen das Primat der Politik, nicht den blinden Marktradikalismus. Als Sozialdemokraten wählen wir die Soziale Marktwirtschaft, denn sie ist dem zügellosen Kapitalismus überlegen. Wir wollen ein starkes und gemeinsam handelndes Europa. Nur so können wir diese Ziele erreichen. Es geht vor allem um die Bewahrung kultureller Identität und unserer europäischen Lebensweise, des europäischen Gesellschaftsmodells. Wir verbinden Wohlstand und Leistung mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.